

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 23 (1982)  
**Heft:** 22

**Artikel:** Der SPS-Alternativentwurf  
**Autor:** Baumgartner, Eduard  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093837>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Der SPS-Alternativentwurf

Eduard Baumgartner zum Parteiprogramm der Kommissionsminderheit

Im November findet in Lugano der Parteitag der schweizerischen Sozialdemokraten statt. Er wird ein neues Parteiprogramm annehmen. Nun liegen zwei Entwürfe vor. Dem Text der Mehrheit steht die Fassung einer Kommissionsminderheit gegenüber. Von diesem alternativen Entwurf wollen wir hier reden.

Der Entwurf der Minderheit ist deshalb wichtig, weil er aus der sozialdemokratischen Partei eine sozialistische Partei machen will. Mit polemisch-feindlicher Abgrenzung gegen die reale («bürgerliche») Demokratie, mit unscharfem Vorbehalt gegenüber dem realen Sozialismus, den es nur als Diktatur gibt.

Gemeinsame Sache mit den Diktaturen des realen Sozialismus und mit den kommunistischen Parteien im Westen macht das Papier insofern, als es zur Hauptsache ihr *Feindbild* übernimmt. Und im Kampf, zu dem sich die SP-Minderheit bekennt, kommt es auf den Feind an.

Die SP-Minderheit definiert die schweizerische Ordnung insgesamt als kapitalistisch, und sie will den Kapitalismus abschaffen. Sie wendet den Begriff des «Imperialismus» ausschliesslich auf den Westen an. Sie beruht – mit nur teilweise abgewandeltem Vokabular – auf den alten Thesen des Klassenkampfes, deren offizielle Umsetzung in eine konkrete Gesellschaftsordnung noch nie etwas anderes gebracht hat als totalitäre Diktatur.

Zu den westlichen Ländern verhält sich der Entwurf ordnungspolitisch feindlich, zu den Ländern des Sozialismus (also zu den kommunistisch regierten Ländern) verhält er sich ordnungspolitisch überhaupt nicht. Dem «Osten» oder auch dem «Ostblock» werden diese oder jene Übelstände angekreidet, aber sie werden im Unterschied zur anderweitigen Betrachtung *nicht* auf das System bezogen. Man erfährt nicht einmal, ob zum Beispiel die Sowjetunion ein sozialistisches Land ist oder nicht. Damit vermeiden die Verfasser, jenen Sozialismus dort überhaupt zu definieren. Das bedeutet Vorbehalt der Absage – aber auch der Zustimmung (zum System, wenn auch sicher nicht zu allen seinen Details). Weil der ganze Text sonst auf Systembewertung beruht, ist diese Ausparung um so wichtiger.

Gesamthaft besagt der Text, was angestrebt wird: Eine neue, andere Schweiz. Schauen wir uns die «Programmetappen, die eine tragfähige Grundlage» schaffen werden, näher an.

## Vom Eidgenossen zum Genossen

Die Präambel verdeutlicht, dass die SPS das Volk gewinnen muss; die Mitbürgerinnen und Mitbür-

ger werden aufgerufen, die «demokratisch-sozialistische» Alternative ins Visier zu nehmen, auf eine Gesellschaft der Selbstbestimmung, der Selbstverantwortung und Selbstverwaltung, entwickelt aus unseren ur-eidgenössischen «Traditionen», hinzuarbeiten. Nach den «Verselbststungen» heutigen Zuschnitts gibt es dann die wahren Genossinnen und Genossen. Die Ur-Eidgenossen anzurufen, ist falsch: Eigenständigkeit, eigener Sinn und Besitz hielten diese nicht nur als Privilegien in besonderer Achtung, sie waren ihnen unter allen Umständen und mit allen Mitteln verteidigungswürdig. Das Gemeinsame (beispielsweise die Freiheiten) entsprach in keiner Weise dem heutigen, zerredeten Kollektiv der neuen Linken.

## Feind ist Kapitalismus – und Schweiz ist Kapitalismus

Die aktuelle Situation ist, nach dem Programm-entwurf, unser selbstverschuldetes Unglück. Wir haben laufend Probleme geschaffen, mit denen wir nun nicht mehr zu Ende kommen. Wir haben das kapitalistische System nicht liquidiert; also müssen wir mit der wirtschaftlichen Depression eben heute fertig werden.

Das gleiche System trägt die Hauptschuld an den Milliarden Unglücklichen in der Dritten Welt und an den Millionen im alten und neuen Erdteil, die, arbeitslos und verbittert, dahinsiebeln. Die Kraft des korrigierenden Sozialismus fehlt weltweit, d.h. das dekadente Bürgertum verhindert dessen heilendes Wirken. Dabei hätten alle Voraussetzungen bestanden, die Mittel wären vor-

handen gewesen: Banken, Bonzen, Profiteure, Machtlüstlinge und Verfilzungen könnten zur Verantwortung – und Finanzierung – herangezogen werden, und alles wäre wieder gut. Unter sozialistischer «Aufsicht», sonst natürlich nicht. Da gilt es zu beachten, dass sozial und sozialistisch zwei Sachen sind.

Das sozialistische Prinzip zerstört den Individualismus, gleichzeitig verhindert es aber auch die von diesem geforderte Selbstverwirklichung. Der Widerspruch wird aufgehoben, indem darüber nicht geschrieben wird. Dafür kommt Sozialismus, in Entwicklungshilfe sorgsam eingepackt, zum Zug. Dass die in Jahrhunderten in den westlichen Ländern erreichten Optimierungen der Wirtschaft den uralten Strukturen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas angeblich nur Elend und Katastrophen bringen, ist den sozialistischen Heilsverkündern realpolitisch gleichgültig. Man verkauft in erster Linie den realen Sozialismus und die marxistischen Stützpunkte.

Das Bildungssystem hat «Chancen für alle» zu beinhalten, Intelligenz wird zentral gesteuert – soweit nicht in einem vorgegebenen Zeitpunkt genetisch programmiert – und von Staats wegen überwacht. Der Feminismus ist nicht nur Manipulermasse für Gleichmacherei, sondern auch emotional brauchbar für ein grosses Wählerpotential. Die Ausnahme: Die Frau passt unter keinen Helm. Mal warten, bis sich der reale Sozialismus heimisch fühlt.

Wofür da gekämpft wird? Für soziale Sicherheit, für Wohlstand, für Freiheit des solidarischen Individuums bis zur Selbstverwirklichung mit unserer «halbdirekten Demokratie». Soviel lässt man uns noch, die übrigen 50 Prozent werden sozialistisch veralternativt, weil man an die «ausgleichende Gerechtigkeit des Staates» nicht mehr glaubt. Auch die Hoffnung auf die «Eroberung der Staatsmacht» und damit auf die Gesellschaftsveränderung war Utopie, und der «lange Jahrzehnte hindurch» gepflegte Glaube an das unbegrenzte Wachstum gehörte zum sozialistischen Credo. Nun muss das Steuer herumgeworfen werden, und das macht man einfach: Der

STEIGER  
DRUCK AG  
BERN



Moserstrasse 31  
3014 Bern  
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's

Wachstumsglaube wird fröhlich dem Kapitalismus angelastet.

**Klage um oder wider Demokratie?**

Zusammenfassend sagt uns der Entwurf, «...dass die Einrichtungen der direkten Demokratie im 20. Jahrhundert keine Ausweitung mehr erfahren haben...». Nichts gewusst von der Einführung der AHV, der IV, des ArG. Kein Gedanke an die 2. Säule, an das KUVG? Doch einige sehr gewichtige Brocken im Sozialbereich. Unbesehen wischt man vier Fünftel des 20. Jahrhunderts einfach beiseite. Und die übrigen x-tausend Erlasse, Gesetze, Dekrete, Verordnungen? An denen übrigens die reglementierschwangere SPS samt Anhang regen Anteil hat.

Man muss sich über die Passivität der Bevölkerung bei staatsbürgerlichen Auseinandersetzungen Gedanken machen, das stimmt schon. Es ist zum Beispiel möglich, dass die ständige Miesmacherei unserer Institutionen nicht eben zu aktiver Staatsbürgerschaft führt...

Das Bedauern mit der sich «spaltenden Gesellschaft» kann dort nicht echt sein, wo der Klassenkampf willkommen ist, und ebensowenig ist wahrscheinlich die vom Entwurf beklagte Blockbildung nachteilig. Wenn das Stimmvolk die Parteivertreter bestellt, die die Regierungsverantwortung tragen, so ist daran nach geltendem Recht einfach nicht zu rütteln; schuld an der Blockbildung wären jene, die die auf demokratische Manier zustandegekommenen Entscheide und Parteienverhältnisse nicht akzeptieren wollen. Wer sich am politischen Leben beteiligen will, hat keinen Grund, sich als vom «Block abgeschnitten» zu bejammern. Unfug ist es auch, zu behaupten, das System verhindere es, zu «wesentlichen Belangen» seines eigenen Lebens etwas zu sagen. Sofern die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, können alle, die wirklich wollen, mitreden und mitentscheiden. Im Unterschied zum Sozialismus.

**Selbstverwaltung: Welches System macht sie unmöglich?**

Zur Selbstverwaltung, der viel Platz eingeräumt wird. Kein Mensch und erst recht keine Institution wird daran gehindert, sich selbst zu verwalten, Selbstverantwortung zu übernehmen und selbständig zu handeln. Dass die grösste Partei des Landes erst heute auf diese «Selbstverständlichkeit» kommt, ist eher verwunderlich. Wovon hat sie bisher Angst gehabt? Ist «Mehr Freiheit, weniger Staat» so furchtbar abwegig? Die Selbstverwaltung geht doch davon aus, dass sich der Einzelne, aber auch die Gesellschaft, der gegebenen Freiheiten erfreue und bediene. Hat die Linke Angst davor? Sogar der unverdächtige Theo Pinkus hat im «Widerspruch» (Zürich, Nr. 3/82) einigen kapitalistischen Elementen die Vereinbarkeit mit der «Selbstverwaltung» zugestanden, beispielsweise Arbeit, Ordnung, minimaler Verdienst, Reserven u. a. m., und widerlegt damit die Behauptung im Entwurf, dass «Selbstverwaltung und Kapitalismus» nicht vereinbar seien.

Unvereinbar ist Selbstverwaltung lediglich mit dem realen Sozialismus.

Über die «Erfolge» mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel gibt uns der europäische Osten mit dem realen Sozialismus hervorragenden Anschauungsunterricht. Eine Wiederholung erübrigt sich. Zumal in der Schweiz. Überhaupt: Das ganze Kapitel «Für eine sozialistische Schweiz» kann abgeschrieben werden. Diese marxistisch-leninistischen Heilslehren haben abgewirtschaftet, real und ideologisch. Von dieser Seite her sind die Voraussetzungen für ein «neues politisches Selbstverständnis» vertan. Und das «Faustrecht der Marktwirtschaft»? Der Markt ist eine klassische Form der Selbstentscheidung.

«Mit Selbstverwaltung gegen falsche Alternativen.» Da ist eine Erklärung nötig: Offenbar gibt es richtige und falsche Alternativen. Welches sind welche? Bisher ist «alternativ» immer dann gebraucht worden, wenn man sich vom Bisherigen, Bürgerlichen unterscheiden wollte – ohne lange zu überlegen, ob es auch besser sei. Es war einfach besser, dafür bürgten die Alternativen. Oder doch nicht ganz? Zweifel sind gestattet, wenn dann vermerkt wird: «Selbstverwaltung ist kein fertiger Zukunftsentwurf». Sozialismus sei nach der Zukunft hin offen. Erfreulich, das zu wissen; kann er auch in Kombinate und Kolchosen ausmünden? Vielleicht ja, vielleicht nein. Ganz sicher aber, so lesen wir, muss die sozialistische Wirtschaft über die Selbstverwaltung verwirklicht werden, weil man nur so mit dem Kapitalismus brechen kann.

Die Kommissionsminderheit der SPS fordert die Selbstverwaltung der Betriebe. Jedenfalls kann man die kapitalistische Entwicklung nicht mehr tolerieren, die «immer grössere Wirtschaftsunternehmungen» hervorgebracht hat und die Herr-

schaftssicherung munter vorantreibt. Die Machtkonzentration muss mit der «Neutralisation des Betriebskapitals» gebrochen werden. Vorhin war von «Enteignung grosser Kapitalien» die Rede. Was der Unterschied sei? Es (das Kapital) gehört, in beiden Fällen, ganz einfach «sich selbst». Wird damit wohl verhindert, «dass die Aneignung des Gewinnes, des Mehrwerts, der durch die gemeinsame Arbeit zustandekommt, nicht durch eine aussenstehende Besitzergruppe erfolgt...»? Vor Tische las man's anders: Die erste Mitbestimmungsinitiative manövrierte die Gewerkschaftsfunktionäre in die Betriebe – und scheiterte hauptsächlich daran; man wollte keine Aussenseiter. So liest man's jetzt: «Mitbestimmung muss jene freiheitliche Tradition der Arbeiterselbstverwaltung, die von der Arbeiterbewegung im Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und Entfremdung begründet wurde, verbreitern und vertiefen.» Frage: Was gilt dann nachher?

Was dieses Papier, besonders im Kapitel 3, Absatz «Die SPS fordert die Selbstverwaltung der Betriebe», zu belegen versucht, ist Klassenkampf, wie ihn das Friedensabkommen nicht verträgt.

Bei solcher Konfrontation ist die Frage nach der Strategie in Kapitel 4 nicht mehr überraschend: «Was tun?»

**Und dann: Was tun?**

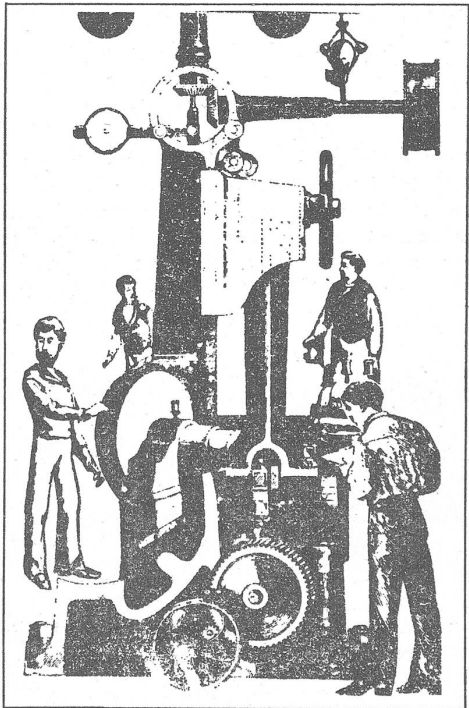
Die Entwerfer sind um treffende Ratschläge nicht verlegen. Etwa diese: Schluss mit der Konkordanzpolitik, man hat schon genug Gesicht verloren mit diesen bourgeoisen Manieren. Und: Raus mit den Gewerkschaften aus dem partnerschaftlichen Kurs, schliesslich haben diese nicht Partner, sondern Streikpotential zu sein; und ja nicht etwa «entpolitisieren», das führt u. a. zurück «ins Private», zum «Entstehen einer schweigenden Mehrheit», man stelle sich doch diesen Schaden für das Kollektiv vor. Und: Weg von der staatlichen Politik; die Verformung der (linken) Behördemitglieder ist für die Basis unzumutbar. Man «geht auf Distanz zum bürgerlichen Staat», man löst sich aus der Umklammerung. Zwar redet man mit, aber man verleumdet nicht «basisdemokratische» Politikformen.

Und: Man schlägt die Brücken zu den neuen sozialen Bewegungen. Andersherum: Biedert euch bei den Alternativen (den echten) an, sie alle erstreben die neuen Formen des Zusammenlebens, sind Kämpfer gegen imperialistische Absichten und dennoch sehr für den Frieden in gezielter Richtung.

\*

In 4 Punkten zusammengefasst, resümiert der Schluss des Kataloges: Im Kampf um die staatliche Macht setzt man sich ein für soziale Sicherheit, gegen repressive Tendenzen und Strukturen des bürgerlichen Staates, für Dezentralisation der Macht und für Gruppenaufbau nach alternativen Mustern.

Momentan ist es an der SP, sich mit diesem Wurfbild zu befassen. Wie sie es tut, die grosse Regierungspartei unseres Landes, das geht uns durchaus alle an.



Vignette zum Entwurf-Text, SP-Info, Zürich, Nr. 4, September 1982.